

Sicherheit braucht keine Showtermine

SICHERHEIT AM WIENER PLATZ

Zu Beginn debattierte der Stadtrat heute die Sicherheitslage am Wiener Platz. Die Aktuelle Stunde war durch die SPD beantragt worden und auf der rechten Seite des Saals war, wie zu erwarten, ein fremdenfeindlicher Zungenschlag in der Debatte zu hören. **André Schollbach** machte im Plenum deutlich, woran es mangelt, wenn das Sicherheitsgefühl am Hauptbahnhof leidet: "Am Wiener Platz blüht der Drogenhandel, aber: Autodiebstähle und Einbrüche nehmen in der ganzen Stadt zu und der rechte Mob verbreitet Angst und Schrecken - Woche für Woche, nicht nur am Montag. Wer heute über das Sicherheitsgefühl der Dresdnerinnen und Dresdner spricht, der sollte diese Phänomene nicht ignorieren."

Wenn wir uns über Ordnung und Sicherheit in unserer Stadt verständigen, dann müssen wir uns auch mit dem Zustand der Polizei beschäftigen. Die Beschäftigten der Polizei sind nicht an der Grenze der Belastbarkeit, sie haben diese längst überschritten. Von 2005 bis 2014 wurde jede zehnte Stelle bei der Polizei in Sachsen gestrichen, das betrifft 1259

Beam-tinnen und Beamte. Aktuell sind sage und schreibe

100.000 Überstunde bei der sächsischen Polizei aufgelaufen, 45.613 Urlaubstage wurden in das Jahr 2015 übernommen, weil sie 2015 nicht in Anspruch genommen werden konnten.

Die Folge: Das Gewaltmonopol des Staates ist in Sachsen und nicht zuletzt in Dresden schwer bis gar nicht durchzusetzen. Das ist das Ergebnis von 25 Jahren CDU-Politik. Die Polizei wurde auf Kosten der Sicherheit kaputtgespart. Wir brauchen eine funktionierende Polizei, genauso wie eine arbeitsfähige Justiz. Was wir nicht brauchen, sind Bürgerwehren und private Sicherheitsdienste. Was wir nicht brauchen, sind mehr Kameras. Und was wir am Wiener Platz vor allem nicht brauchen, sind öffentliche Showtermine des unfähigsten Innenministers Deutschlands."



Dresdner Kitas finanzieren!

Bis heute hat der städtische Eigenbetrieb Kindertagesstätten keinen gültigen Wirtschaftsplan für 2016, obwohl dieser nach Sächsischer Eigenbetriebsverordnung bereits vor Beginn des Wirtschaftsjahres hätte beschlossen werden müssen. Unterschiedliche Auffassungen bezüglich der notwendigen Finanzausstattung innerhalb der Verwaltung haben die Beschließung bisher verhindert. Dadurch wird die Arbeit des Eigenbetriebes, der städtische Pflichtaufgaben erfüllt, massiv erschwert. Also muss gehandelt werden: DIE LINKE brachte unmittelbar vor der Sitzung gemeinsam mit SPD und Grünen einen Eilantrag ein - Ziel: Vorlage des Wirtschaftsplans. OB Hilbert antwortete in gewohnter Manier:

Eine Eilbedürftigkeit sei nicht gegeben, es werde an der Vorlage gearbeitet. Dabei wollte es **Tilo Kiebling** nicht bewenden lassen: "Die Eigenbetriebsleiterin Kindertagsstätten muss einen Entwurf des Wirtschaftsplans vorlegen. Dazu hat sie das Benehmen des Finanzbürgermeisters einzuholen. Das ist keine Vetomöglichkeit und dennoch scheint es, als würde CDU-BM Vorjohann kein Interesse an einer angemessenen Ausstattung der Kitas haben. Die Eigenbetriebsleiterin wagt es offenbar nicht, sich hier in die Auseinandersetzung zu begeben. Die einzige Person, die sie ermutigen kann, sind Sie, Herr Oberbürgermeister. Das tun sie aber nicht - seit dem 1. Januar 2016. Werden Sie endlich tätig!"

FINANZ-BM AUF ABWEGEN

Finanzbürgermeister Vorjohann lässt nichts unversucht, das Projekt einer städtischen Wohnungsgesellschaft zu torpedieren. Einer der neusten Streiche: der Vorschlag, mehr als 20.000 m² städtischer Grundstücke an Genossenschaften zu verkaufen. Klingt sozial, aber aus Erfahrung ist klar: wenn es um sozialen Wohnungsbau geht, dann ist eine öffentliche Woba der erste Partner. Deshalb unser Antrag, die Grundstücke nicht zu verkaufen, sondern erstmal für eine eigene Wohnungsgesellschaft ins Auge zu fassen.

Jens Matthis: "Vorjohann will kommunalen Wohnungsbau erschweren. Dem haben wir einen Riegel vorgeschoben."



Die kommunale Bildungsberatung mit dem Projekt "Dresdner Bildungsbahnen" ist ein wichtiger Baustein der Dresdner Bildungslandschaft. Allein: Die Finanzierung des Projektes steht in Frage. Die Verträge der vier Mitarbeiterinnen laufen Ende März aus. Dabei hatte sich der Stadtrat bereits mehrfach für die Fortführung des Projekts ausgesprochen. **Anja Apel** sagt: "Wer den Mund spitzt, muss auch pfeifen. Der Absichtserklärung muss konkretes Handeln folgen." Die Fraktion DIE LINKE brachte heute einen Eilantrag zur Weiterfinanzierung der Bildungsbahnen in den Stadtrat. Entscheidung des Oberbürgermeisters: Nicht eilbedürftig. Doch wir bleiben am Ball - auf der nächsten Sitzung wird das Thema erneut diskutiert und Rot-grün-rot wird für die Finanzierung des wichtigen Projekts sorgen.